

Haushaltsrede von Peter Schimke DIE LINKE im Gemeinderat Vaihingen an der Enz gehalten am 21.12.2016. Es gilt das gesprochene Wort.

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Maisch, sehr geehrte Amtsleiterin für Finanzen Frau Lerche, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste,**

zuerst eine Vorbemerkung. Das Thema Einlagerung von „freigemessenem“ Bauschutt aus Atomanlagen auf unserer Deponie Burghof bewegt viele Menschen in Vaihingen, so auch mich. Der vom Bundesamt für Strahlenschutz festgelegte Grenzwert von 10 Mikrosievert ist ein Wert, den man **nicht** messen, sondern mathematisch aus noch festzulegenden Radionukliden ermittelt. Bis 2001 unterlagen alle strahlenden Abfälle aus Atomanlagen der Strahlenschutzverordnung. Bauschutt aus diesen Anlagen hätten vor dem Jahr 2001 auf unserer Deponie nicht abgelagert werden dürfen. Die damalige Rot-Grüne Bundesregierung veranlasste u. a. eine Änderung dieser Strahlenverordnung und führte aus wirtschaftlichen Erwägungen für die Kernkraftwerksbetreiber diesen Grenzwert ein. Somit fallen alle Abfälle, die unterhalb des Grenzwertes strahlen, aus der Zuständigkeit der Strahlenschutzverordnung heraus und schlagen auf unserer Deponie als „fast normaler“ Bauschutt wieder auf. Wir als Gemeinderäte sollten die Bedenken und Argumente der Grenzwert kritischen Bevölkerung ernst nehmen und alles dafür tun, dass sogenannte „freigemessene“ Abfälle aus Atomanlagen nicht auf unserer Deponie Burghof abgelagert werden dürfen!

**Nun zum Haushalt,**

*„man kann von den Kommunen nicht verlangen, dass sie jetzt – auch noch den Landeshaushalt finanzieren“*

Dieses Zitat stammt von der Reutlinger Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, anlässlich eines Fachkongresses, den es im Oktober 2016 in Stuttgart zum Thema: *„Dringender Bedarf von mehr Wohnungsbau in den Städten“* gab.

Der Kompromiss nach harten Verhandlungen zwischen Kommunalen Verbänden und Landesregierung war: Die Kommunen müssen etwas weniger finanziell bluten. Trotzdem gehen je 200 Millionen Euro aus dem kommunalen Topf in 2017 und 2018 für den Landeshaushalt den Kommunen verloren. Das bezeichne ich als keinen guten Kompromiss im Sinne der Kommunen.

Die Grün-Schwarze-Regierungskoalition in Stuttgart schwächt finanziell über tausende Kommunen in Baden-Württemberg, so auch unseren Haushalt. Zusätzlich werden wichtige Investitionsaufgaben im Land von der Landesregierung vernachlässigt oder einseitig den Kommunen aufgebürdet. Dazu gehören vor allem der soziale Wohnungsbau, der öffentliche Verkehr, die Flüchtlingsintegration, die Bildung und Schulsanierungen.

In einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 5.12.2016 ist zu entnehmen, dass die Landesregierung Zuschüsse des Bundes für die Flüchtlingsintegration im Land dazu benutzt, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Damit will die Landesregierung unbedingt ihre Grün-Schwarze Null im Landeshaushalt erreichen. Hier wäre unser Linken Ansatz, aus dem Milliarden Euro verschlingenden Prestigeprojekt S21 auszusteigen und in das kostengünstige Alternativprojekt Umstieg 21 einzusteigen.

Das Land leitet nicht einmal die Hälfte der 780 Millionen Euro an die Kommunen weiter, die der Bund aus Berlin nach Baden-Württemberg überweist, – so die Kritik der SPD-Landtagsfraktion. Dieser Kritik kann ich mich als Linker nur anschließen!

Wir wollen nicht, dass diese falsche Sparpolitik des Landes auf dem Rücken von Beschäftigten ausgetragen wird, wie z. B. von Erzieherinnen, Sozialarbeitern, Pflegekräften, Lehrern, Verwaltungsangestellten, Polizisten oder Hartz 4 Empfängern.

Deshalb plädieren wir für ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Städte- und Landkreistag für einen Rettungsschirm für Kommunen, damit die öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und gestärkt wird. Das wäre doch mal ein gesellschaftliches Bündnis der besonderen Art.

Unseren grundsätzlichen Lösungsvorschlag dazu wäre:

Die Reichen und Superreichen müssen über eine gerechtere Besteuerung an den öffentlichen Aufgaben beteiligt werden. Wir erleben derzeit eine nie dagewesene Konzentration des privaten Reichtums und eine damit weiter einhergehende Spaltung in Arm und Reich. Dazu ein Beispiel:

Die Familie Reimann steht auf Platz 2 der reichsten Deutschen mit den Edelmarken Jacobs-Kaffee, Kukident und weiteren Marken. Diese Familie ist innerhalb eines Jahres um über 11 Milliarden Euro reicher geworden. Zwei Drittel der Hochvermögenden geben nach eigenen Angaben zu, durch Erbschaft reich geworden zu sein, so eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Die Raffgier einer elitären Parallelgesellschaft im Land wird auch an deren Goldschatz deutlich: Seit 2014 ist der private Goldbesitz in Deutschland um 500 Tonnen auf insgesamt 8.700 Tonnen gestiegen, das ist etwa das Doppelte des Besitzes der deutschen Bundesbank.

**Der Vaihinger Haushalt 2017** ist wie 2016 auf Kante genäht. Den ordentlichen Erträgen über rd. 69,7 Mio. Euro stehen ordentliche Aufwendungen von rd. 71,1 Mio. Euro im Ergebnishaushalt entgegen. Das entspricht einer Unterdeckung von 1,4 Mio. Euro. Dieses Minus wird weitgehend durch die im neuen Haushaltsrecht vorgeschriebenen Abschreibungen – eine jährliche Wertminderung des Anlagevermögens - verursacht. Wir können unsere notwendigen Pflichtaufgaben gerade so erfüllen.

In unserer schönen Stadt gibt es immer mehr arme Menschen. Diese Menschen können teilweise die günstigen Preise für Lebensmittel im Tafelladen am Monatsende nicht mehr bezahlen. Die Armut in Vaihingen hat ein Gesicht. Das ist meistens weiblich und es sind immer häufiger Kinder davon betroffen. Für diesen Personenkreis wäre eine gesunde Mittagsessenverpflegung über eine öffentliche Küche aus Sicht der Linken notwendig und angebracht. Neben der Bereitstellung von ausreichenden Notunterkünften für Arme, um Obdachlosigkeit zu verhindern, sollte sich die Stadt auch daran beteiligen. Mein Finanzierungsvorschlag dazu wäre eine Erhöhung der Grundsteuer B. Eine Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte würden immerhin rd. 200.000 Euro mehr an Einnahmen in die Stadtkasse bringen. Diesen Antrag möchte ich hiermit stellen.

### **Werte Kolleginnen und Kollegen,**

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, im Enztalbad sowie im Städtischen Versorgungsbetrieb haben im vergangenen Jahr 2016 ihre Arbeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen sehr gut gemacht.

Danken möchte ich ebenfalls allen, die sich im Ehrenamt in unserer Gemeinde engagieren. Ohne ihr Engagement im Ehrenamt z. B. bei der Arbeit und Integration von Flüchtlingen, die Vereinsarbeit in unseren zahlreichen Vereinen, die Arbeit in Initiativen, der Feuerwehr, den Rettungs- und Hilfsdiensten, den Religionsgemeinschaften und allen die ich jetzt nicht benannt habe, wäre das Miteinander in unserer Stadt und die Aufstellung eines fast ausgeglichenen Haushalts sehr viel schwieriger.

Alle Menschen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, verdienen für ihr soziales Engagement hohe Anerkennung und Lob. Das möchte ich – ich hoffe auch im Sinne des Gemeinderates - ausdrücklich hiermit aussprechen.

Vielen Danke für Ihre Aufmerksamkeit.